

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
Sitzungsnummer	JSSSK/026/16-21
Sitzungsdatum	Dienstag, den 09.06.2020
Sitzungsbeginn	18:30 Uhr
Sitzungsende	20:43 Uhr
Ort	Bürgerhaus Ockstadt, Saal, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzende

Frau Martina Pfannmüller

Mitglieder

Frau Dr. Regina Bechstein-Walther
 Herr Timo Haizmann
 Herr Dr. Nicholas Hollmann in Vertretung für Frau Julia Cellarius
 Herr Dr. Klaus-Dieter Rack in Vertretung für Herrn Peter Haas
 Herr Reiner Veith
 Herr Erich Wagner
 Herr Sven Weiberg in Vertretung für Frau Anja El Fechtali
 Herr Günther Winfried Weil in Vertretung für Frau Sybille Wodarz-Frank

Schriftführer

Herr Sebastian Dein

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Achim Güssgen-Ackva

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
 Frau Erste Stadträtin Marion Götz
 Frau Stadträtin Claudia Eisenhardt
 Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske
 Herr Stadtrat Alfons Janke
 Herr Stadtrat Siegfried Köppl
 Frau Evelyn Weiß

Verwaltung

Frau Cornelia Becker;
 Leiterin des Haupt- und Personalamtes
 Frau Nicola Schlerf;
 Leiterin der Kindertagesstättenverwaltung

Abwesenheit:

Mitglieder

Frau Julia Cellarius	entschuldigt
Frau Anja El Fechtali	entschuldigt
Herr Peter Haas	entschuldigt
Frau Sybille Wodarz-Frank	entschuldigt

Ausschussvorsitzende Pfannmüller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Mitglied Wagner beantragt, TOP 11 nach vorne zu ziehen und als neuen TOP 4 zu behandeln und alle anderen TOPs entsprechend nach hinten zu verschieben.

11	16-21/1511	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 31. Mai 2020; hier: Öffnung der Kindertagesstätten
----	------------	--

Ausschussvorsitzende Pfannmüller lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen:

Tagesordnung:

1		Mitteilungen der Dezernenten
1.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Absage Großveranstaltungen
2	16-21/1440	Kita Wintersteinstraße
3	16-21/1502	Bestandsaufnahme zur Kindertagesstättenbedarfsplanung und -umsetzung
4	16-21/1511	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 31. Mai 2020; hier: Öffnung der Kindertagesstätten
5	16-21/1390	Bereitstellung der Sportanlage Burgfeld an einem jährlichen Termin an die Jugendorganisation der Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland KdöR (AMJ Friedberg)
6	16-21/1408	Bereitstellung der Sportanlage Burgfeld an einem jährlichen Termin an die Kamerunische Gemeinde von Friedberg e.V.
7	16-21/1423	Zuschuss Stadtjugenring Friedberg e. V.
8	16-21/1263	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 27. September 2019, hier: Einführung einer Sozialwohnungsquote
9	16-21/1461	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 26. März 2020; hier: Rollstuhlschaukel
10	16-21/1494	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2020; hier: Friedberg wird sicherer Hafen
11	16-21/1496	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2020; hier: Frauen-Notruf Friedberg fördern
12		Verschiedenes
12.1		Verschiedenes; hier: Sitzungsort
12.2		Verschiedenes; hier: Autokino

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

1. Mitteilungen der Dezernenten

1.1. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Absage Großveranstaltungen

Bürgermeister Antkowiak erinnert an seinen Bericht im Haupt- und Finanzausschuss hinsichtlich der Corona-bedingten Absage einiger Großveranstaltungen und Senioren- und Jugendangeboten in diesem Jahr. Mitglied Haizmann fragt ihn nach Alternativideen der Verwaltung. Bürgermeister Antkowiak berichtet, dass einige Ideen in Planung seien, über die dann zu gegebener Zeit informiert werde, wenn sie konkreter feststünden.

2. 16-21/1440 Kita Wintersteinstraße

Ausschussvorsitzende Pfanmüller leitet in die Beratungen ein, blickt auf die Vorgeschichte und die aktuellen Überlegungen zurück und lobt die Verwaltung für die nun vorgelegte Beschlussvorlage mit ausführlicher Vergleichsübersicht. Sie erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung im Dezember beschlossen hatte, den fälligen Neubau der Kita Usavorstadt vorzuziehen, da es dort bereits Baurecht gibt. Bürgermeister Antkowiak erläutert ergänzend nochmals die Aufgabenstellung zur vorliegenden Drucksache, die unter Federführung der Ersten Stadträtin über die Dezernats- und Ämtergrenzen hinweg mit den beteiligten Ämtern erarbeitet wurde.

Mitglied Dr. Rack lobt die Vergleichsanalyse, erinnert aber daran, dass ein älteres Gutachten zur Sanierung der Kita Wintersteinstraße von 1,8 Mio. € sprach und er für die Haupt- und Finanzausschusssitzung am 17.06.2020 gerne erläutern bekäme, warum hierfür nun 3,9 Mio. € im Raum stünden. Bürgermeister Antkowiak sagt eine solche Kostenberechnung zu. Mitglied Dr. Rack fragt, ob der damalige Gutachter, der damalige Architekt, die Denkmalpflege oder weitere Sachkundige an dieser Vorlage mitgewirkt haben. Nach dem Wissen der Anwesenden ist dies nicht der Fall. Er fragt zudem, warum die Kita Housing Area noch nicht in Betrieb sei und wann die Kinder dorthin übernommen würden. Erste Stadträtin Götz erläutert, dass die Kita Housing Area bereits in Betrieb genommen wurde und dort derzeit die ersten Eingewöhnungen stattfinden. Nach Kündigung der Kita Wintersteinstraße durch die Evangelische Kirche werden 34 Kinder von dort (vgl. folgender Tagesordnungspunkt 3 - Drucksache 16-21/1502) in die anderen Kitas verteilt. Bürgermeister Antkowiak ergänzt, dass eine Eröffnungsveranstaltung der Kita Housing Area aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht stattfinden konnte und daher zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt wird.

Mitglied Weiberg: begrüßt, dass das Gebäude nicht angekauft werden soll, Bauchschmerzen habe er allerdings mit den längeren Wegen für die Kinder und Eltern in diesem Viertel.

Mitglied Dr. Hollmann regt an, keine weiteren Flächen zu versiegeln, sondern andere Lösungen zu finden. Bürgermeister Antkowiak erläutert hierzu, dass zumindest das Baurecht für das städtische Grundstück gemäß DS-Nr. 16-21/1359 hergestellt werden solle, der Bau selbst aber zunächst zurückgestellt werde.

Nach kurzer Diskussion lässt Ausschussvorsitzende Pfanmüller über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Auf den Ankauf des der Evangelischen Kirchengemeinde Friedberg gehörenden Geländes Wintersteinstraße 39 bzw. die Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Stadt und die Sanierung bzw. den Umbau des Gebäudes als Kindertagesstätte wird verzichtet.
2. Der Bau einer neuen Kindertagesstätte in der Taunusstraße wird zunächst zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 5 Nein 1 Enthaltung 3

Erste Stadträtin Götz erhält das Wort und erläutert die ämter- und dezernatsübergreifende Vorlage, die in chronologischer Abfolge darstellt, in welchem Kitajahr wie viele Plätze zur Verfügung stehen und wann welche Baumaßnahmen voraussichtlich abgeschlossen sein werden. Ziel ihrer Initiative zu dieser Vorlage war es, den städtischen Gremien einen ganzheitlichen Überblick über die aktuelle Situation zu verschaffen und die Frage zu klären, in welchem Umfang Handlungsbedarfe zu verzeichnen sind. Sie weist darauf hin, dass die Vorlage eine Stichtagsbestandsaufnahme vom 30.04.2020 ist, sich die Zahlen aber durch verschiedene Einflussfaktoren, die in der Vorlage aufgeführt sind, ständig dynamisch ändern. Insgesamt bestehe mit Blick auf die Bedarfszahlen und die Realisierungszeitpunkte der Maßnahmen zur Bedarfsdeckung Handlungsbedarf. Dem solle nun u.a. durch die Schaffung einer sechsgruppigen Übergangs-Kita begegnet werden. Das Amt für Stadtentwicklung sei bereits mit der Standortsuche beauftragt und aktiv befasst.

Mitglied Haizmann fragt, ob die Zeckenproblematik bei der Wald- und Wiesengruppe Ossenheim nach wie vor vorhanden sei. Erste Stadträtin Götz antwortet, dass nach aktueller Auskunft des Gesundheitsamts derzeit keine Zeckenproblematik zu verzeichnen sei und Friedberg derzeit auch nicht als FSME-Risikogebiet gelte. Bürgermeister Antkowiak ergänzt, dass die Grünabteilungsabteilung eine sogenannte Meßtücherprobe im Wald zur Datenerhebung durchführen werde, die Verwaltung dieses Thema also im Blick habe.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Güssgen-Ackva dankt für die ausführliche Vorlage, in der den Kita-Bedarfszahlen erstmalig zu den baulichen Maßnahmen und ihrer Fertigstellung in Beziehung gesetzt wurden, verweist darauf, dass die Vorlage naturgemäß nur eine Momentaufnahme sein könne und fragt, ob eine kontinuierliche Fortschreibung geplant sei und wie häufig dies geschehen solle. Erste Stadträtin Götz antwortet, dass dies ab jetzt regelmäßig und systematisch geschehen werde und je nach Entwicklung in halbjährlichem bis jährlichem Turnus erfolgen solle. Hierzu gelte es, auch einen engen Kontakt zum Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen im Sinne eines turnusmäßigen Berichtswesens bzgl. der Fertigstellungstermine und Projektzeitschienen aufzubauen und zu pflegen. Sie ergänzt zudem, dass der Wetteraukreis im Jahr 2018 eine Kindertagesstättenbedarfsplanung vorgelegt hat, diese derzeit mit den Städten und Gemeinden aktualisiert wird und daher auch von dort – ergänzend zu den eigenen Zahlen der Stadt – in Zukunft weitere Erkenntnisse zur Kita-Bedarfslage in Friedberg wie in den anderen Städten und Gemeinden des Kreises zu erwarten sein werden.

Mitglied Weil fragt nach dem Sachstand der aktuellen Notbetreuung. Erste Stadträtin Götz erläutert die Systematik, die nun – wie kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung erläutert – „eingeschränkter Regelbetrieb“ heiße und durch die die Kinder von Eltern, die in nicht-systemrelevanten Berufen tätig seien, zumindest an 2 Tagen pro Woche in den Kitas betreut werden können.

Mitglied Weiberg dankt für die Vorlage und fragt, ob der Empfehlung, die Hortbetreuung aufzugeben, gefolgt werde und falls ja, welcher Ersatz dafür geplant werde. Erste Stadträtin Götz berichtet, dass es sich dabei aus Sicht des Landesrechnungshofes um eine freiwillige Leistung der Stadt handele, diese aber aus ihrer Sicht aus familienpolitischen Gründen von der Stadt nicht einfach ersatzlos aufgegeben werden könne. Die Stadt habe jedoch den Hinweis des Rechnungshofes aufzugreifen und notwendige Sondierungen im Kontakt mit den zuständigen Stellen wie Wetteraukreis und den Schulen vorzunehmen. Solange kein gleichwertiger Ersatz vorhanden sei, wolle die Stadt die betroffenen Familien nicht im Regen stehen lassen. Ein vollwertiges Ersatzangebot werde noch einen längeren Weg erfordern. Ab 2025/26 bestehe ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Schulkindern in den Schulen. Ob und inwieweit die Stadt sich dann noch finanziell zu beteiligen habe, sei derzeit noch offen.

Mitglied Weiberg fragt sodann, was hinsichtlich der Kindertagespflege geplant ist. Erste Stadträtin Götz erläutert, dass ein solches Modell nach Hinweisen des Landesrechnungshofes aus einer bereits früheren Prüfung geringere Kosten als eine Betreuung in den städtischen Einrichtungen verursachen würde. Diesem Hinweis werde nun nachgegangen und geprüft, welche Voraussetzungen für die Umsetzung eines solchen Konzepts zu schaffen seien. Diese sind in der Vorlage auf S. 8 aufgeführt.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller fragt, warum die Sanierung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft in der Hauptstraße 76 (Dietzsche Mühle) nicht wirtschaftlich sei. Beide Dezernenten berichten, dass es sinnvoller wäre, dort und anstelle der benachbarten Kita Farbklecks eine große neue 6-gruppige Einrichtung wie in der Housing Area zu bauen und dass die Dietzsche Mühle nicht unter Denkmalschutz stehe.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur nimmt sodann die Vorlage **zur Kenntnis**.

**4. 16-21/1511 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 31. Mai 2020;
hier: Öffnung der Kindertagesstätten**

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat der Stadt Friedberg dazu auf, den Umfang der Betreuungsangebote in den Friedberger Kitas im Rahmen des sog. eingeschränkten Regelbetriebs deutlich auszuweiten.

Insbesondere soll

- Die tägliche Betreuungszeit vorerst auf 16:00 h ausgeweitet werden.
- Kinder, berufstätiger Eltern bei nachgewiesenem Bedarf eine Betreuung an bis zu 5 Tagen ermöglicht werden. Nach Möglichkeit sollen dabei zu zuerst Eltern berücksichtigt werden, die Ihrer Erwerbstätigkeit nicht von zu Hause nachgehen können
- Die Neuaufnahme von Kindern berufstätiger Eltern möglich sein, auch wenn diese keinen Anspruch auf Notbetreuung haben.

Zur Realisierung dieser Maßnahmen befürworten wir:

- Die Aufstockung der Gruppengröße gemäß den Richtlinien des KiFög
- Die schnellstmögliche Aufstockung des pädagogischen Personals. Falls nötig ist hierzu kurzfristig eine Sondersitzung der SVV zur Anpassung des Stellenplans einzuberufen.
- Die zusätzliche Einstellung von festem nicht-pädagogischen Personal zur Abdeckung des Mehraufwands an Reinigungs- und Hygienetätigkeiten. Gegeben falls kann hier mit externen Dienstleistern zusammengearbeitet werden.

Zur Wahrung des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten fordern wir:

- Die Stadt unterstützt alle Beschäftigten in den Kitas bei der Durchführung regelmäßiger Tests auf das SARS-COV-2 Virus (z.B. durch Freistellung, sofern möglich Organisation und Durchführung in der Einrichtung, Übernahme unvermeidbarer Kosten)
- Die Stadt bemüht sich um die Durchführung von regelmäßigen Gruppentests (alle Kinder und Betreuer einer Gruppe werden gemeinsam in einer Probe getestet, bei positivem Befund sind Maßnahmen zu ergreifen und Einzeltests nötig).
- Die wissenschaftliche Erkenntnislage zur Infektionsgefahr in Kinderbetreuungseinrichtungen wird regelmäßig geprüft. Der Betreuungsbetrieb wird den Erkenntnissen angepasst.
- Für Beschäftigte, die einer Risiko-Gruppe angehören soll der Einsatz in der Einrichtung freiwillig sein.

Mitglied Weiberg begründet ausführlich den Antrag.

Bürgermeister Antkowiak erklärt, dass gemäß § 11 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse dieser Antrag zulässig sei, allerdings nicht in mehreren, sondern nur in dem zuständigen Ausschuss (Einzahl) zu beraten sei. Diese Beratung fände daher nur heute und nicht auch im Haupt- und Finanzausschuss am 17.06.2020 statt.

Erste Stadträtin Götz nimmt zu den einzelnen Punkten des Antrags detailliert Stellung und begründet, warum diese selbst unter größten Mühen aufgrund der begrenzten personellen und räumlichen Ressourcen, zusätzlichen umfangreichen Aufgaben und Pflichten des Personals und vieler weiterer Zwangspunkte bei aller Flexibilität aller Beteiligten in der Kita-Verwaltung und den Einrichtungen nicht zu realisieren seien und verweist hierbei auch auf die 12-seitigen Hygieneregulungen des Landes Hessen. Auch sie würde gerne alle Wünsche bedienen, dem Antrag zu folgen, würde aber zur Folge haben, dass zahlreiche Kinder keine Chance mehr hätten, vor den Sommerferien noch ihre Kita zu besuchen. Die Kinder könnten aus städtischer Sicht aber nicht anhand der Berufstätigkeiten ihrer Eltern in eine Zwei- oder Dreiklassengesellschaft sortiert werden. Alle Kinder sollten die Möglichkeit haben, bis zu den Sommerferien im möglichen Umfang nochmals Betreuungsangebote gemeinsam mit ihrer Altersgruppe zumindest an 2 Tagen pro Woche im Rahmen des eingeschränkten Regelbetriebes wahrnehmen zu können.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Güssgen-Ackva lobt die exzellenten Gegenargumente und befindet, dass die Stadt permanent und flexibel auf diesen dynamischen Prozess reagiere und empfiehlt daher den Rückzug des Antrages, was Mitglied Weiberg jedoch ablehnt.

Mitglied Dr. Rack ergänzt, dass das Machbare und Verantwortbare gemacht wird und es nichts nütze, unrealistische Dinge zu fordern. Die Bemühungen der Verwaltung seien deutlich erkennbar, daher empfehle auch er den Rückzug des Antrages.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Wagner und befindet, dass vieles aus dem Antrag nicht umzusetzen sei. Was diskussionswürdig sei, ist jedoch die Notbetreuung der Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen. Diese sind laut Verwaltung bis 15 Uhr versorgt. Sie nennt ein Beispiel einer Mutter, die ihre Arbeitszeiten dennoch nicht einhalten kann und fragt, ob in solch seltenen Ausnahmen nicht innerhalb der 12 Kitas eine Kita für längere Öffnungszeiten bereitgestellt werden könne.

Erste Stadträtin Götz berichtet, dass ihr dieser Einzelfall bekannt sei und ein Kompromiss mit der Familie gefunden werden konnte, um dieser kurzfristig zu helfen. Eine generelle Ausweitung der Betreuungszeiten und auch die Ausweisung einer kompletten Kita hierfür sei aber aufgrund der aktuell erheblich eingeschränkten und auch nicht kurzfristig binnen Tagen und weniger Wochen erweiterbaren Ressourcen nicht möglich. Darüber hinaus habe die Stadt Friedberg allen Eltern ermöglicht, die Notbetreuung über viele Wochen kostenlos in Anspruch zu nehmen. Dies war eine besondere Serviceleistung der Stadt, die von einzelnen anderen Kommunen später übernommen wurde, jedoch in vielen anderen Kommunen nicht angeboten wurde. Die Situationen in den Kitas der verschiedensten Träger im Stadtgebiet und auch kreis- und hessenweit seien sehr unterschiedlich und die Thematik weiterhin ein dynamischer Prozess.

Mitglied Weiberg beantragt, über den Antrag abzustimmen.

Ausschussvorsitzende Pfannmüller übernimmt wieder die Sitzungsleitung und lässt über den **Antrag abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 1 Nein 8 Enthaltung 0

5.	16-21/1390	Bereitstellung der Sportanlage Burgfeld an einem jährlichen Termin an die Jugendorganisation der Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland KdöR (AMJ Friedberg)
----	------------	--

Bürgermeister Antkowiak erläutert kurz die Vorlage und gibt sie dem Ausschuss zur Kenntnis.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva regt an, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und ein Diskriminierungsverbot bzw. einen Gleichbehandlungsgrundsatz im Nutzungsvertrag aufzunehmen. Auch Mitglied Weiberg spricht sich hierfür aus, Bürgermeister Antkowiak sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

6. 16-21/1408 Bereitstellung der Sportanlage Burgfeld an einem jährlichen Termin an die Kamerunische Gemeinde von Friedberg e.V.

Bürgermeister Antkowiak erläutert die Historie dieser Veranstaltung. Der Magistrat sei mit seinem Beschluss dem Wunsch des Veranstalters gefolgt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

7. 16-21/1423 Zuschuss Stadtjugendring Friedberg e. V.

Bürgermeister Antkowiak erläutert kurz die Vorlage. Mitglied Weiberg signalisiert in einem kurzen Redebeitrag Zustimmung. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Ausschussvorsitzende Pfannmüller über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Nach der erfolgten Umsetzung der Beschlussvorlage 16 – 21 / 0155 und der damit erreichten Schuldenfreiheit des Stadtjugendring Friedberg e. V. wird die in diesem Zusammenhang laut Beschluss vom 29.09.2016 (DS-Nr. 16-210102) vorgenommene Aufteilung des Zuschusses an den Stadtjugendring in die Sachkonten 6993016 – „Aufwendungen Jugendkulturarbeit“ unter Pos. 13 und 7128014 – „Zuschuss f. lfd. Zwecke – Stadtjugendring“ unter Pos. 15 aufgehoben. Der Gesamtbetrag beider Sachkonten wird nunmehr wieder unter Pos 15 – Aufw. f. Zuweisungen und Zuschüsse s. bes. Finanzaufwand -, Sachkonto 7128014 ausgewiesen und nach Testierung der ordnungsgemäßen Kassenführung des Vorjahres durch den Fachdienst Revision des Wetteraukreises als allgemeiner Zuschuss für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins abrufbar gemacht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

8. 16-21/1263 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 27. September 2019, hier: Einführung einer Sozialwohnungsquote

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt bei Schaffung von Baurecht und beim Verkauf von städtischem Grund an private Investoren eine Sozialwohnungsquote in Höhe von 30 % einzuführen, die folgenden Kriterien entspricht:

- die Quote greift ab der Schaffung von 4 Wohneinheiten
- die Wohnungen sind zu vermieten, dass sie den Sätzen der KdU nach SGB II und XII entsprechen
- die Quote gilt unbefristet
- 10 % davon sind für die Sicherung von Wohnraum für Obdachlose festgelegt

Mitglied Weiberg begründet den Antrag unter anderem damit, dass bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft aktuell rund 400 Personen mit Wohnberechtigungsschein auf eine geförderte Wohnung warten, die es aber nicht gebe.

Mitglied Dr. Rack verweist auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wegen des sozialen Wohnungsbaus im Steinern Kreuzweg unter Einbindung eines gemeinnützig tätigen Bauvereines. Er ist der Meinung, künftige Investoren nicht mit einer Quote zu gängeln und empfiehlt daher, zunächst eine Erhebung durchzuführen, wie Nachbarkommunen mit einer solchen Quote umgehen und ob es dazu Zahlen aus dem Amt für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen gibt.

Er stellt den Antrag, diesen **Antrag im Geschäftsgang zu belassen**, bis solche Zahlen und Informationen vorliegen und dem Ausschuss möglichst im Herbst vorgestellt werden. Dieser Vorgehensweise schließt sich der Ausschuss einmütig an.

**9. 16-21/1461 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 26. März 2020;
hier: Rollstuhlschaukel**

Antragstext:

Auf dem Seewiesenspielplatz wird eine Rollstuhlschaukel installiert. Um die Schaukel mit dem Rollstuhl erreichen zu können, wird zudem ein gut befahrbarer Weg zu ihr gebaut.

Mitglied Weiberg begründet den Antrag unter anderem mit dem Standort vieler Förderungsschulen in Friedberg. Mitglied Haizmann befürwortet den Antrag, die Schaukel sollte aber vandalismussicher sein.

Bürgermeister Antkowiak berichtet, dass eine erste Kostenschätzung des Amtes für Stadtentwicklung, Liegenschaften und Rechtswesen Kosten in Höhe von ca. 15.000 € für die Schaukel, sowie rund 25.000 € für die Zuwegung und den Fallschutz und somit rund 40.000 € ergeben habe. Der Standort sollte im Falle einer Zustimmung und einer Mittelbereitstellung im Haushalt 2021 aufgrund des Inklusionsgedankens in der Nähe der anderen Schaukeln des Spielplatzes an der Seewiese gewählt werden.

Mitglied Dr. Rack empfiehlt, aufgrund der nicht unbeträchtlichen Kosten und aufgrund der Haushaltssituation, zu prüfen, ob es dafür Zuschüsse vom Landeswohlfahrtsverband oder anderer Einrichtungen gebe.

Mitglied Weiberg vertritt die Auffassung, dass ein Beschluss hier im Ausschuss unschädlich sei und eine endgültige Beschlussfassung dann sowieso erst im Rahmen des Haushaltsbeschlusses falle.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Güssgen-Ackva plädiert dafür, zunächst den Bedarf mit den in Friedberg vorhandenen Einrichtungen genau zu eruieren. Mitglied Wagner fragt, ob es so etwas möglicherweise schon in einer der Einrichtungen gebe. Laut Ausschussvorsitzender Pfannmüller ist dies in der Behindertenwerkstatt der Fall.

Der Ausschuss einigt sich sodann einmütig auf folgende Vorgehensweise: **Der Antrag bleibt im Geschäftsgang** und ist vor den Ganztags-Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss erneut auf die Tagesordnungen des Sozialausschusses zu setzen. Bis dahin soll der Bedarf erhoben werden, ob eine Rollstuhlschaukel außerhalb der Einrichtungen gebraucht wird und sinnvoll wäre. Eine abschließende Entscheidung fällt dann spätestens mit den Haushaltsberatungen.

**10. 16-21/1494 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2020;
hier: Friedberg wird sicherer Hafen**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt die Forderungen der SEEBRÜCKE zu einem sicheren Hafen für Menschen auf der Flucht zu erfüllen. Dazu gehören:

- Eine öffentliche Solidaritätsklärung,
- Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung,
- Aufnahme von Menschen auf der Flucht,
- Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten,
- Vernetzung,
- Transparenz.

Mitglied Veith verweist darauf, dass die Unterkünfte vom Wetteraukreis übernommen wurden und die Intention des Antrages damit nicht umsetzbar sei.

Mitglied Weiberg unterstützt den Antrag unter Verweis auf die Situation an den europäischen Außengrenzen und die Menschenrechtsslage.

Bürgermeister Antkowiak erläutert erneut, dass die im Antrag erwähnten Unterkünfte nicht mehr vorhanden seien, da diese bekanntlich inklusive der Mietverhältnisse alle an den Wetteraukreis übergeben wurden.

Mitglied Hollmann wirbt um Zustimmung, aus moralischen Gründen könne man nicht dagegen sein.

Mitglied Dr. Rack bemängelt, warum Bündnis 90 / Die Grünen keinen zwischen den Fraktionen abgestimmten Resolutionsentwurf eingebracht hätten. Er sei seit 2015 in der Flüchtlingshilfe tätig und habe noch zwei Flüchtlinge in seinem Wohnhaus wohnen, könne aber dennoch so nicht zustimmen. Er ergänzt, dass diese Thematik auch im Kreistag schon behandelt werde und auch dort in den Sozialausschuss verwiesen wurde, dessen Abstimmung man abwarten solle.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Güssgen-Ackva ist der Meinung, dass auch ein Resolutionsentwurf nicht besser gewesen wäre. Die Stadt Friedberg habe in der Flüchtlingskrise große Leistungen erbracht und wenn diese wiederkäme, würde man es wieder tun. Ein solches „Lippenbekenntnis“, wie es der Antragsteller vorschläge, sei aber überflüssig.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt Ausschussvorsitzende Pfannmüller über den **Antrag abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 2 Nein 7 Enthaltung 0

11.

16-21/1496

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2020;
hier: Frauen-Notruf Friedberg fördern**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt nachfolgendes umzusetzen:

Die Stadt Friedberg unterstützt die Beratungs- und Interventionsstelle zu sexualisierter und häuslicher Gewalt des Frauen-Notrufes Wetterau e. V. ab 2020 mit einem regelmäßigen Zuschuss von 1.000 Euro p.a. .

Vorsitzende Pfannmüller leitet in die Beratungen ein und berichtet von einem Antrag im Wetteraukreis, der sich mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention befasst, dies laufe derzeit parallel.

Bürgermeister Antkowiak verweist auf seinen Bericht in der Stadtverordnetenversammlung, dass der Frauen-Notruf Ende 2018 eine Spende in Höhe von 1.500 € von der ESO durch die Stadt vermittelt bekommen habe.

Mitglied Haizmann fragt, ob dieser Notruf auch geschlechterneutral angerufen werden könne, da bis zu 40% der von häuslicher Gewalt betroffenen Personen auch Männer seien. Bürgermeister Antkowiak bestätigt, dass dort auch Männer anrufen können.

Nach ausgiebiger Diskussion der Mitglieder Haizmann, Weiberg, Wagner, Weil, sowie Ausschussvorsitzenden Pfannmüller und Bürgermeister Antkowiak einigt sich der Ausschuss sodann einmütig auf den folgenden **geänderten Antragstext:**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt nachfolgendes umzusetzen:

Die Stadt Friedberg unterstützt die Beratungs- und Interventionsstelle zu sexualisierter und häuslicher Gewalt des Frauen-Notrufes Wetterau e.V. ab 2021 mit einem Zuschuss.

Über den unter Sachkonto 4.439000.7128013 über den gemeldeten Ansatz des Amtes für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen in Höhe von derzeit 8.000 € hinausgehenden tatsächlichen Zuschussbetrag an den Frauen-Notruf Wetterau e.V. entscheidet abschließend der Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

12. Verschiedenes

12.1. Verschiedenes; hier: Sitzungsort

Mitglied Weiberg bittet darum, wenn möglich die Sitzungen dieses Ausschusses in der Kernstadt abzuhalten. Bürgermeister Antkowiak begründet, warum derzeit die Ausschusssitzungen im Bürgerhaus Ockstadt stattfinden müssen.

12.2. Verschiedenes; hier: Autokino

Mitglied Haizmann fragt, ob es Überlegungen für ein Autokino in Friedberg gebe.

Bürgermeister Antkowiak bejaht dies und berichtet von Überlegungen, an denen intensiv gearbeitet wurde, die aber bewusst noch nicht kommuniziert wurden und die sich inzwischen aufgrund der Nicht-Zustimmung der BIMA leider als nicht durchführbar erwiesen hätten. Andere Veranstaltungsangebote mit Kooperationspartnern würden derzeit von der Verwaltung aber noch geprüft und vorbereitet und zu gegebener Zeit kommuniziert.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt Vorsitzende Pfannmüller den Anwesenden und schließt die Sitzung.

gez. Pfannmüller
(Vorsitzende)

gez.:Dein
(Schriftführer)